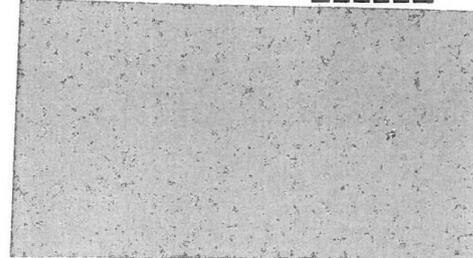
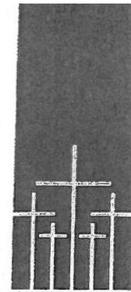


An den Präsidenten des Volksbundes
Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Herrn Markus Meckel
sowie an die stellvertr. Präsidenten
Herrn Wolfgang Schneiderhan und
Herrn Richard Reisinger
Werner-Hilpert-Str. 2
34112 Kassel

Volksbund Deutsche
Kriegsgräberfürsorge e.V.
Arbeit für den Frieden



Kassel 05.08.2016

Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Bundesvertretertages

Sehr geehrter Herr Präsident Meckel,

hiermit stelle ich den Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Bundesvertretertages am 23. September 2016, 13.00 Uhr im Inter City Hotel, Bahnhofsallee 1 a, 37081 Göttingen, mit dem Tagesordnungspunkt „Abberufung des Präsidenten“.

Begründung:

Die Generalsekretärin Daniela Schily ist nach einem demokratischen und kostenträchtigen Verfahren im letzten Jahr mit allen Stimmen des Volksbund-Präsidiums, also einschließlich des Präsidenten, gewählt worden.

Bereits wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt am 1. 9. 2015 hat der Präsident erklärt, dass die Generalsekretärin nicht geeignet sei, das Amt auszuführen und ihr deswegen noch während der Probezeit zu kündigen sei. Es stellte sich heraus, dass es zum Konflikt mit der Generalsekretärin gekommen war, da diese sich vom Präsidenten an der Ausübung der ihr von der Satzung und Geschäftsordnung zugewiesenen Aufgaben, für die sie auch eingestellt worden war, gehindert sah.

Auf mehrfache Nachfragen in kleinem Kreis und in zwei Präsidiumssitzungen (22. April 2016, 27 Juni 2016) nach einer konkreten, sachlichen Begründung für einen derartigen Schritt konnte der Präsident keine befriedigende Antwort erteilen, sondern bestand und besteht weiter auf der kleinteiligen Art seiner Amtsführung. Deshalb forderte ihn das Präsidium in beiden Sitzungen auf, gemeinsam mit der Generalsekretärin eine mit der Satzung und den Geschäftsordnungen übereinstimmende, konkrete und verbindliche Vereinbarung darüber zu treffen, wie sie ihre je verschiedene Tätigkeit als Amtsträger des Volksbundes und ihre Zusammenarbeit gestalten wollen. Gleichzeitig wurde das Führungsverhalten des Präsidenten von mehreren Präsidiumsmitgliedern scharf kritisiert.

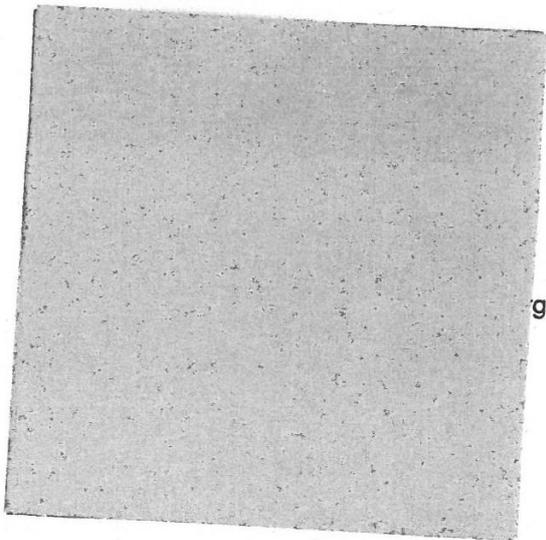
Denn seine Amtsauffassung entspricht ganz offensichtlich derjenigen eines geschäftsführenden Präsidenten, was im Gegensatz zur Satzung und zur Leitungskultur des Volksbundes steht. Dies führt zu Frustrationen und Ablehnung bei den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der genannten Forderung des Präsidiums kam der Präsident beide Male völlig unzureichend und in einer Art und Weise nach, die seine Geringschätzung dieses Gremiums erkennen ließ. Weder hatte er die zur Begleitung der Einigung benannten Mitglieder des Präsidiums in irgendeiner Form beteiligt, noch wurden sie vom Ergebnis unterrichtet.

Unter den 16 Landesvorsitzenden herrscht weitgehend Konsens, dass das vom Präsidenten an den Tag gelegte Führungsverhalten nicht akzeptabel ist, und dass auch für die Zukunft keine gegenseitig wertschätzende Zusammenarbeit mehr möglich und zu erwarten sein wird.

Da zudem durch fahrlässige Äußerungen des Präsidenten über die finanzielle Situation des Volksbundes in mehreren Medien der Eindruck entstand, der Volksbund stünde vor der Insolvenz, ist großer Schaden entstanden. Außerdem wird es als anmaßend empfunden, dass sich der Präsident als Garant des notwendigen inhaltlichen Reformprozesses stilisiert, ohne den seit mehr als zehn Jahren und im sog. Hannemann- Papier dokumentierten Reformprozess zu würdigen. Seine Art der Amtsführung gefährdet den Erneuerungsprozess geradezu und wird deshalb abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen



ge e.V.)